

15.03.2018

EU-Parlament drängt Mitgliedstaaten zu Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Steurgerechtigkeit

Welche deutschen EU-Abgeordneten fordern von der EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zu einem EU-weiten Steuersatz auf Unternehmensgewinne von mindestens 20 Prozent?

Burkhard BALZ	CDU	👎	Reimer BÖGE	CDU	👎	Elmar BROK	CDU	👎	Daniel CASPARY	CDU	👎
B. COLLIN-LANGEN	CDU	👎	Albert DESS	CSU	👎	Christian EHLER	CDU	👎	Markus FERBER	CSU	👎
Karl-Heinz FLORENZ	CDU	n.a.	Michael GAHLER	CDU	👎	Jens GIESEKE	CDU	👎	Ingeborg GRÄSSLE	CDU	👎
Monika HOHLMEIER	CSU	👎	Peter JAHR	CDU	👎	Dieter-L. KOCH	CDU	👎	Werner KUHN	CDU	👎
Werner LANGEN	CDU	👎	Peter LIESE	CDU	👎	Norbert LINS	CDU	👎	David MCALLISTER	CDU	👎
Thomas MANN	CDU	👎	Angelika NIEBLER	CSU	👎	Markus PIEPER	CDU	n.a.	G. Q.-ROWOHL	CDU	👎
Dennis RADTKE	CDU	👎	Sven SCHULZE	CDU	👎	Andreas SCHWAB	CDU	👎	Renate SOMMER	CDU	👎
Sabine VERHEYEN	CDU	👎	Axel VOSS	CDU	👎	Manfred WEBER	CSU	👎	Rainer WIELAND	CDU	👎
Hermann WINKLER	CDU	👎	Joachim ZELLER	CDU	👎						
Udo BULLMANN	SPD	👍	Michael DETJEN	SPD	👍	Ismail ERTUG	SPD	n.a.	Knut FLECKENSTEIN	SPD	👍
Evelyne GEBHARDT	SPD	👍	Jens GEIER	SPD	👍	Iris HOFFMANN	SPD	👍	Petra KAMMEREVERT	SPD	👍
S.-Y. KAUFMANN	SPD	👍	Arndt KOHN	SPD	👍	Dietmar KÖSTER	SPD	n.a.	Constanze KREHL	SPD	👍
Bernd LANGE	SPD	👍	Jo LEINEN	SPD	👍	Arne LIETZ	SPD	👍	Susanne MELIOR	SPD	👍
Norbert NEUSER	SPD	👍	Maria NOICHL	SPD	👍	Gabriele PREUSS	SPD	👍	Ulrike RODUST	SPD	👍
Joachim SCHUSTER	SPD	👍	Peter SIMON	SPD	👍	Birgit SIPPEL	SPD	👍	J. VON WEIZSÄCKER	SPD	👍
Martina WERNER	SPD	👍	Kerstin WESTPHAL	SPD	👍	Tiemo WÖLKEN	SPD	👍			
Jan Philipp ALBRECHT	Grüne	👍	Klaus BUCHNER	ödp	👍	Reinhard BÜTIKOFER	Grüne	👍	Michael CRAMER	Grüne	👍
Sven GIEGOLD	Grüne	👍	Rebecca HARMS	Grüne	n.a.	Martin HÄUSLING	Grüne	👍	Maria HEUBUCH	Grüne	👍
Ska KELLER	Grüne	👍	Barbara LOCHBIHLER	Grüne	👍	Julia REDA	Grüne	👍	Terry REINTKE	Grüne	👍
Helga TRÜPEL	Grüne	👍									
Stefan ECK	Grüne	👍	Cornelia ERNST	Grüne	👍	Thomas HÄNDEL	Grüne	n.a.	Sabine LÖSING	Grüne	👎
Martina MICHELS	Grüne	👍	Martin SCHIRDEWAN	Grüne	👍	Helmut SCHOLZ	Grüne	👍	Gabriele ZIMMER	Grüne	👍
Arne GERICKE	FW	n.a.	Hans-Olaf HENKEL	LiDK	👎	Bernd KÖLMEL	LiDK	👎	Bernd LUCKE	LiDK	👎
Jörg MEUTHEN	LiDK	👎	Marcus PRETZELL	B	👎	Joachim STARBATTY	LiDK	👎	Ulrike TREBESIOUS	LiDK	n.a.
Nadja HIRSCH	Grüne	👎	Wolf KLINZ	Grüne	👎	Gesine MEISSNER	Grüne	👎	Ulrike MÜLLER	FW	👎
Martin SONNEBORN	n-PARTY	n.a.							Quelle: 		

Das Europäische Parlament hat heute seine Position zur Schaffung einer EU-weiten gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) verabschiedet. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments fordern den Rat auf, den Vorschlägen einer Gesamtkonzernsteuer so schnell wie möglich zuzustimmen. Der vom Plenum angenommene Text sieht auch die Besteuerung von Internetfirmen wie Apple und Google durch Schaffung einer digitalen Betriebsstätte vor. Die Grünen/EFA-Fraktion hatte zudem beantragt, dass die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Einführung einer Mindeststeuer in der Europäischen Union vorlegen solle. Diese zentrale Forderung jedoch lehnte eine Mehrheit aus Konservativen, Rechtskonservativen und einigen Liberalen ab.

Die neuen Spielregeln könnten ein Wendepunkt bei der Bekämpfung des Steuerdumpings durch globale Konzerne in der Europäischen Union sein. In einer globalisierten Welt müssen wir grenzüberschreitend tätige Unternehmen als steuerliche Einheit behandeln. Eine europäische Gesamtkonzernsteuer würde den europäischen Flickenteppich des Steuerwettbewerbs beenden. Obwohl alle Mitgliedsländer vollmundig der Steuerumgehung den Kampf ansagen, haben sie diese und andere wichtige Reformen bislang blockiert. Damit sind die europäischen Regierungen nicht nur scheinheilig, sondern leisten aktive Schützenhilfe für Steuervermeider.

Um den aggressiven Steuerwettbewerb zu beenden, muss ein Mindeststeuersatz die Gesamtkonzernsteuer flankieren. Wenn nur die Bemessungsgrundlage vereinheitlicht wird, steigt die Vergleichbarkeit der nationalen Steuerregime und der Unterbietungswettbewerb in der Europäischen Union wird noch zunehmen. Mit ihrer Ablehnung unseres Vorschlags für eine Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne halten Konservative, Rechtskonservative und einzelne Liberalen de facto am gefährlichen Steuerwettbewerb fest.

Internetkonzerne müssen endlich angemessenen Steuern zahlen, fordert das Europäische Parlament mehrheitlich. Es kann nicht sein, dass Digitalkonzerne nur dort ihre Steuern zahlen, wo der niedrigste Steuersatz winkt. Durch Einführung einer digitalen Betriebsstätte würden Apple & Co. in den Ländern besteuert, in denen sie ihre Dienstleistungen erbringen. Europäische Kommission und Mitgliedstaaten sollten nun den Vorschlägen des Europäischen Parlaments folgen und zügig eine Digitalsteuer einführen."

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat angekündigt, am 21. März Vorschläge für die Besteuerung der Digitalunternehmen vorzulegen. Beim Europäischen Rat am 22. und 23. März werden die europäischen Staats- und Regierungschefs voraussichtlich ebenfalls eine Digitalsteuer diskutieren.

Ansprechpartner

[Malte Gallée](#)

Telefon Brüssel

+32-2-2845369

Telefon Straßburg

+33-3-88175369

Zuständige Abgeordnete

[Malte Gallée](#)